

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postfach-Nr.: 6793/10688 Hermannstraße

Schriftleitung: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags.

# Volksblatt

## Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monat. 3,50 M., vierteljähr. 10,50 M., durch die Post bezogen monat. 3,50 M., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Wertag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, spätere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreispaltigen Korrespondenzteil.

### Deutschland und die Entente. Die Beschlüsse von San Remo.

Nach Meldungen der WP. aus San Remo ist zwischen Lloyd George und Millerand vereinbart worden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entlassung Deutschlands zu dringen, das Erzeugnis des Verzeihensabkommens auf 200.000 Mann abzumindern, dagegen der Verführung der Wehrtruppe unter Vorbehalt des Rechts der Verführung der Wehrtruppe zuzustimmen. Deutschland soll Vorhelfe in Gestalt von Geld und Rohstoffen erhalten. Frankreich werde zustimmen, daß an einer im Mai stattfindenden Konferenz, die hauptsächlich in Belgien stattfinden, auch deutschsprachige Angehörige werden solle. Gegenüber Vorkatholiken Lloyd Georges habe Millerand erklärt, daß Frankreich gar nicht daran denke, Frankfurt, das Ruhrgebiet oder linksrheinische Gebiete Deutschlands zu annektieren. Hinsichtlich der von Deutschland zu zahlenden Kriegsschadigung berichtet der Pariser Temps, daß die von Deutschland zu entrichtende Mindestsumme auf 90 Milliarden festgesetzt wurde, zahlbar in 30 Jahresraten zu drei Milliarden.

### Erneute Besetzung angedroht?

Paris, 26. April. (WZ.) In der im Anschluß an die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung wird betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200.000 Mann nicht berücksichtigt werden könne. So lange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt, die Alliierten erklären, die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht zu verkennen und ihr keine allzu ergebige Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, betonen aber ihre Eingetrigkeit darin, fortgesetzte Übertretungen des Versailler Vertrages nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, wenn notwendig, zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, versehen dabei aber ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht hätten, irgendeinen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren. In der Annahme, daß die zur Sicherung der Ausführungen des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch einen mündlichen Meinungsaustausch erledigt werden könnten, hätten die alliierten Regierungen die Teilnahme der deutschen Regierung vorgeschlagen an eine direkte Konferenz beschließen. Der alle präzisen Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden möchten. Nach betrieblender Regelung dieser Fragen würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit den deutschen Vertretern alle übrigen Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen.

### Einladung an Deutschland.

Paris, 26. April. (WZ.) Nach einer Meldung des Temps wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichsfiskus für einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spa zu entsenden. Die Zusammenkunft soll am 28. Mai stattfinden. Der Vorwärts knüpft an diese Meldung die Hoffnung, daß die persönliche Aussprache zu einer Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedensaufbaues in Europa werden möge.

### Das Ende der Türkei.

San Remo, 26. April. (WZ.) Es ist endgültig entschieden, daß England das Mandat über Mesopotamien und Palästina, und Frankreich das Mandat über Syrien erhält. Wilson ist erkrankt worden, als Schiedsrichter für die Festsetzung der armenischen Grenze aufzutreten. Die türkische Souveränität über das Gebiet von Smurna findet darin Ausdruck, daß der Bevölkerung verboten ist, Abgeordnete in das türkische Parlament zu entsenden. Nach fünf Jahren darf aber das örtliche Parlament von Smurna sich an Ort und Stelle anschießen. Von diesem Zeitpunkt an würde dann die türkische Souveränität aufhören.

### Sozialistischer Protest gegen den neuen Krieg.

Mailand, 26. April. Die japanische Botschaft in Rom hat die Nachricht des Ausbruchs eines neuen Krieges zwischen Italien und den Truppen im alliierten Zustand bekannt. Der Vorent fordert das gesamte italienische Proletariat an einem Protest gegen den neuen Krieg an, der nach seiner Ansicht nicht von Japan allein, sondern von allen Verbündeten beschlossen worden ist.

### Eine Schlacht in Mexiko.

London, 26. April. Nach einer Washingtoner Meldung findet gegenwärtig zwischen mexikanischen Bundesstruppen und den Rebellen unter Führung des Generals Gomez eine heilige Schlacht um den Besitz der Deltastadt von Tampico statt. Die Lage der Bundesstruppen unter General Arguinau gestaltet sich hinsichtlich verzweifelt.

### Der Streik in Elßaß beendet.

Paris, 26. April. (WZ.) Der Streik in Elßaß-Lothringen ist beendet. Nachdem gestern in a Preis unter dem Vorsitz des Ar-

beitsministers von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter die Grundlage für eine Verständigung gefunden wurde, haben die Streikführer von Paris aus Befehl erteilt, heute vormittag die Arbeit wieder aufzunehmen.

### Die Militärgewalt im Ruhrrevier. Weitere Befehlungen durch Reichswehr.

Stuttgart, 26. April. Zur „Durchführung der Entlassung“ im Ruhrreviergebiet sind, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, in württembergische Wehrverbände nach dort abgegangen und in Zerlehn und Umgebung eingegrückt. Im Rudral wurden die Orte Nabeim, Hüster und Bruchhausen von Württembergern besetzt. Bayerische und preussische Truppen sind mit der Entlassung der Bevölkerung in Stamm, Bielefeld, Dortmund und Umgebung beauftragt. Die bayerische Filialtruppe wird nach Schleißheim, die württembergische nach Balingen abtransportiert.

### Die Reichsregierung kneift!

Berlin, 26. April. (WZ.) Im bestehenden ertümlichen Ansichten entgegenzutreten, läßt die Reichsregierung im Ruhrrevier folgendes bekanntmachen:

1. Entsprechend den Bestimmungen des Vieseler Abkommens hat der Reichsjustizminister erklärt, daß eine Strafverfolgung aller Verurteilten nicht erfolgen soll, die in der Absicht der verbrecherischen Kampfbündel über heften Überzeugung nach ihre Pflicht dem Volk gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun pflichten. Einem besonderen Annehmlichkeiten behaft es hierzu nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechts nicht. Die Staatsanwaltschaften und Militärbehörden haben dementsprechende Anweisungen erteilt. Ein besonderer Staatsanwalt soll mit der Beobachtung dieser Grundzüge beauftragt werden.
2. Eine Amnestie, die über diese Grundzüge und die Bestimmungen des Vieseler Abkommens hinausgeht, kann den gesetzlichen Körperkassen von der Reichsregierung nicht vorgeschlagen werden. Insofern kann allen denen, die auch jetzt noch die Waffen nicht freiwillig herausgeben, keinerlei Begnadigung in Aussicht gestellt werden.
3. Die Ansicht, daß infolge der Aufhebung der Standgerichte nunmehr Todesurteile nicht mehr gefällt werden können, ist irrig. Die Todesstrafe kann auch weiterhin durch die ordentlichen Gerichte und die außerordentlichen Kriegsgerichte verhängt werden, soweit sie nach den geltenden Strafbestimmungen angedroht ist.
4. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind mit Rüstern besetzt, die dem Richteramt angehören. Sie entscheiden in beschleunigten Verfahren.

Sowohl Todesurteile bereits ausgesprochen, aber noch nicht vollzogen sind, wird in jedem einzelnen Falle nachgeprüft werden, ob eine Verneinung stattfindet oder nicht.

Berlin, den 26. April 1920.

Der Reichsminister des Innern.

Der Reichswehrminister.

Diese getundenen Erklärungen der Herren Müller und Geßler bedeuten einen glatten Bruch des Vieseler Abkommens und eine vollständige Kapitulation vor der reaktionären Militärgewalt, der man die Vertriebskämpfer fasten auf Brude und Ungeade ausgeliefert. Es ist die alte, feine, bunte, brutale Politik der Reichsregierung, die die Müller und Geßler fortsetzen. Sie verdrängen sich hinsichtlich vor den monarchistischen Putschisten, die sie mit der alten Reichsregierung gegen die Arbeiterkassen kämpfen und wollen lassen, daß sie es verdienen haben, wenn sie nach auf den Ministerstellen sitzen. Die Regierung mag nur so fortfahren — dann dürften ihre Tage bald gezählt sein!

### Watter endlich geschickt!

Berlin, 26. April. (WZ.) Generalsekretär von Watter, Befehlshaber des Wehrkreises 6 in Münster, ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung entbunden worden.

Die Regierung hat endlich viel Feil gebraucht, ehe sie diesen putschistischen General beistellte. Obwohl es schon seit den Putschtagen leitend, daß Watter den Putschvorbereitungen nicht ganz fernstand, zum mindesten um sie zu tun, hat es die Regierung doch fertiggebracht, ihn wieder auf die Ruhrarbeiter loszulassen. — Nun ist Watter in gegangen; aber es gibt deren noch viele in Deutschland, die sich nach immer der Günst der Regierung erkennen. Wann werden sie auf die Reihe kommen?

### Ein Ultimatum der Eisenbahner.

Berlin, 26. April. (WZ.) Die Eisenbahnenbedienten haben nach der D. Allg. St. an die Regierung die Forderung gerichtet, auf eine sofortige Zahlung von 1500 Mark für den Mann und dabei erklärt, daß im Falle der Ablehnung die Konsequenzen nicht übersehbar seien. Die Stellungnahme der Regierung steht noch aus.

Abdruck der finnisch-estnischen Waffenstillstandsverhandlungen. Aus Helsingfors wird gemeldet: Die zwischen der Regierung und der finnischen Regierung eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen sind abgeschlossen worden.

Der Streik der Busfahrer in Kopenhagen ist beendet. Die Zeitungen erlöschten wieder.

### Grundsätzliche Wahlarbeit

Die Wahlen zum Reichstage sind am 6. Juni. Die Parteien haben mit den Wählern zum Wahlkampf begonnen und auch die USPD hat den Wählern ihr Programm unterbreitet. Die diesmahligen Wahlen erhalten durch die Ereignisse der jüngsten Zeit eine besondere Bedeutung. Rapp und Konjorien haben dem Proletariat befehlen, daß die Errungenschaften der Novemberrevolution auf politischem Gebiet durchaus noch nicht geachtet sind; von Errungenschaften auf ökonomischem Gebiet gar nicht zu reden. Die Wahlen verdrängen so zu einem Wahlkampf zu werden, auf dem die Reaktion und die Revolution, wobei auf der Seite der Reaktion nicht nur die noch sehr lebendigen Kräfte des alten Regimes, sondern auch erhebliche Teile der Bourgeoisie, des Mittel- und Kleinbürgertums und vor allen Dingen des Landvolkes stehen werden. Auf der Seite der Revolution aber wird ausschließlich das Proletariat stehen. Das aber ist durchaus noch keine im Denken und Fühlen, in seinen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anschauungen gleichartige Klasse, so daß etwa mit einer geschlossenen Kampffront des Proletariats gerechnet werden könnte. Ganz ist der Zutritt zu den politischen und den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse ein ganz gesondertes gewesen, und der Zutritt hält auch weiterhin an. Aber es ist ihnen trotzdem noch große Scharen absteht oder haben sich in anderen Organisationen zusammengefunden, die dem Sozialismus fern sind. Der Wahlausfall ist also kein einfaches Mehrheitsverhältnis; Deutschlands Bevölkerung schied sich in sonderbar viel Fragen: Proletariat und in eine sonderbar viel Prozent bestehende, sozialistische, höhere Schichten usw., also auch die proletarisch-sozialistische Arbeiterschaft. Aber politisch so isoliert, nicht mit keiner politischen Mehrheit auf der Höhe des bekannten Mittelmaßes.

Es droht nun die Gefahr, daß ein „gutes Wahlergebnis“ mitten in der Wahlkategorie in Form geachtet wird, die die grundsätzliche Schärfe vermissen läßt. Dem uns noch fernstehenden Proletariat, dem christlichen Gewerkschafter und Rentnerwähler, dem nicht nur zur Erkenntnis seiner Klassenlage gekommenen Angestellten, vor allem aber dem Kleinbürger und der Landbevölkerung und schließlich — und das wohl das Wichtigste — der großen Masse der Frauenwähler ist der Sozialismus immer noch mehr oder weniger ein Schreckgespenst, das ihnen allen von der bürgerlichen Presse tagtäglich als zinnornetor angelegte Frage vorgelegt wird. Sogar kommen die Ereignisse des letzten Jahres und manche der jüngsten Zeit, und ferner das Beharrungsvermögen altüberlieferter und selbstverdräuter Ideen, nämlich die den Frauen, aber deren Wirkung wir uns feiner Aufmerksamkeit hingeben sollten.

Diese Verhältnisse dürfen uns nun nicht verfehlen, in der Wahlkategorie den verschiedenen Interessenkreise zu machen. Das Ergebnis einer solchen Rechnungsträgererei wäre eine Wahlschlacht, die in Wirklichkeit nicht Sozialisten gewandt hätte, sondern Leute, denen nun nachgeben könnte, auf Monate bedacht gewesen zu sein. Die Wähler müßten nicht für eine Idee gewonnen; es sei denn, daß man die Bestimmung von Reichstagsmitgliedern für eine Idee hielt. Die oberste Aufgabe des kommenden Wahlkampfes ist die nachdrücklichste Vertretung der sozialistischen Weltanschauung. Die Wahlkategorie bietet dazu die beste Gelegenheit. Im Kampfe der Wähler muß sich die Arbeiterklasse der sozialistischen Ideen erweisen. Keine Verdrängung irgendwelcher Art, sondern grundsätzliche Auseinandersetzung der sozialistischen Ziele, an deren Durchsetzung nicht nur das bunte und losparatierende Proletariat, sondern auch das Klein- und Mittelbürgertum, die Beamten und Gelehrten, das kleine und mittlere Bauerntum und nicht zuletzt die Frauen interessiert sind.

Diese Agitation stellt an unsere Redner rechtlich erhebliche Anforderungen. Es genügt da nicht allgemeine Redensarten, nicht ein Satz voll Hüte aber eine mehr oder weniger umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten. Es gehört dazu eine gute Kenntnis der grundsätzlichen sozialistischen Schriften, es gehört dazu die vollständige Beherrschung der sozialistischen Gegenwart. Wer als sozialistischer Redner auftritt, trägt ein ganz besonderes gewaltiges Schuldverhältnis. Selten kommen wir so an die Masse der Bevölkerung heran, wie zu Wahlzeiten. Und so ist die Masse der Bevölkerung politisch so empfänglich wie bei einer Wahl. Deshalb muß, was die Wählermasse in Wahlversammlungen von sozialistischen Rednern zu hören bekommt, nach jeder Richtung hin und tiefstet sein, darf sich nicht in schalem Kleinmurmeln verlieren, nicht in persönlicher Gerummelerei aufgehen. Die hohe gesellschaftliche Aufgabe des sozialistischen Redners liegt in der Propaganda für den Sozialismus, den er seinen Söhnen auszuüberzeugen imstande sein muß. Die Aufgabe des sozialistischen Redners ist, den Nachweis zu führen, daß einzig und allein die Wege der Sozialisten die Produktion der materiellen Güter, die Grundlage der menschlichen Existenz, zu fördern bringen kann. Dies auszudrücken ist eine Pflicht, gleichviel welchen Rednerkreises er hat. Bedenke dies nicht, dann würde die bevorstehende Wahl einen unangenehmen, die Aufklärung der Masse in sozialistischem Sinne, verfehlen. Die Partei triche Wandlungspläne, würde dem Parlamentarismus im schärfsten Sinne fern. Nicht Wählermassen sind notwendig, die nach volksträchtiger Wahl in politische Verdrängung gerückt sind und dem Erblassen überlassen, die Welt des Volkes zu erschöpfen, sondern notwendig sind revolutionäre Schritte mit feinem politischem Denken, revolutionäre Sozialisten, mit der feinen Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes für eine neue Gesellschaftsordnung. Das die und nicht von selbst in den W. und wählst, daß sie









Beltungen bringen ein Nachbild mit dem sensationellen Ausdrucksfeld: „Edg wird bloße Heberarbeit.“ Eine Währige P... m a c h e r i n. Mary Anne Wallen, beschäftigt in einer feinsten... tablen Holzspannmanufaktur, ausgehend von einer Dame mit dem gemittelten Namen Elise. Die Wäden arbeiteten durchschnittlich 16 1/2 Stunden, während der Saison aber oft 30 Stunden ununterbrochen, indem ihre verhängten Arbeitstage durch gelegentliche Aufsuch von Eltern, Fortwachen oder stoffe flüssig erhalten wird. Und es war gerade die Höhe der Saison. Es galt, die Bräutlichkeit ihrer Ladies für den Quiltpungsbau bei frisch importierten Weinseifen von Wales im Unfassen fertigzuhaben. Mary Anne Wallen hatte 2 1/2 Stunden ununterbrochen gearbeitet, zusammen mit anderen 60 Mädchen, je 30 in einem Zimmer, das kaum ein Drittel der nötigen Luft gewährte, während sie nach zu zweien in einem Bett schliefen in einem der Einstübler, in welche ein Schlafzimmer durch verdrängte Bretterwände abgetrennt ist. ... Mary Anne Wallen erkrankte am Freitag und starb am Sonntag, ohne, zum Erstaunen von Frau Elise, und nur vorher das letzte Pulsbild fertigzugeschnitten. Der zu spät am Sterbebett gerufene Arzt, Herr Hess, begnügte sich, den Totenschein in bürren Worten: „Mary Anne Wallen ist gestorben an langen Arbeitsstunden in einem überfüllten Arbeitszimmer und übererregung, fehlgeschicktem Schlafgemach.“

Anher die Sage der Pugnatorinnen erklärte ein Oberarzt eines Krankenhauses, Pabertinnen aller Art, Pugnatorinnen, leiden an dreifachem Elend: Heberarbeit, Luftmangel und Mangel an Nahrung oder Mangel an Verdauung — an Tage arbeiten ist die Tagesordnung, nicht nur in der Beschäftigung der Pugnatorinnen, sondern an tausend Plätzen, ja in jedem Plage, wo das Weiblich im Auge ist. ... Laßt uns den Großbüßer als Beispiel nehmen. Wenn man den Diktoren glauben darf, gibt es keinen so lebensfähigen, lustigen Mann als den G r o ß b ü ß e r. Er erhebt sich früh und schläft flüchtig vor der Sonne, er isst und trinkt und schläft wie kein anderer Mensch. Man förmlich betrachtet, befindet er sich bei mühsamer Arbeit, in der Tat in einer der besten menschlichen Stellungen. Aber wir folgen ihm in die Stadt und sehen die Arbeitstätt, die auf den starken Mann gewälzt wird, und welchen Mühsal nicht ein in den Sterblichkeitslisten unseres Landes? Zu Manneborn (einem der größten Städtchen Londons) sterben von 1000 Großbüßern jährlich 31, das sind 11 mehr als die Durchschnittsterblichkeit erwachsener Männer in England. Die Beschäftigung, eine fast infamische Kunst der Menschheit, und ihr Erfolg, ist jedoch, was durch bloße Heberarbeit, die Arbeit zum Verdienst des Mannes. Er kann sozial dummerhafte täglich schlagen, und durchschnittlich 50 Jahre leben. Man zwingt ihn, sozial mehr Schläge zu ertragen, sozial mehr Schritte zu gehen, sozial öfter des Tages zu stehen, und alles zusammen seine Lebensaufgabe täglich um ein Viertel zu vermehren. Er macht den Versuch, und das Resultat ist, daß er eine beschämte Stellung ein Viertel mehr verdient, und dafür im 37. Jahre stirbt im 50. stirbt.“

Durch die Einführung der Maschine in den Arbeitsprozeß, durch die fortschreitende Arbeitsteilung und die wachsende Intensität der Arbeit verdrängen sich die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsbedingungen. Alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktionskraft der Arbeit schlagen um in Verwertungsmittel und Exploitationsmittel des Produzenten, heißt es bei Marx, verdrängen den Arbeiter in einen Teilchen, entwürdigen ihn zum Anhängel der Maschine, verbinden mit der Qual seiner Arbeit ihren Qualität, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses.

Welche Art der Lohnarbeit wir immer betrachten, in welchem Raum immer wir sie begreifen, überall die gleichen Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise. Deren Triebkraft es ist, immer steigenden Reichtums aus der Ausbeutung der Arbeitskraft herauszuführen. Und gerade in Deutschland bemühen sich die Kapitalisten in der Konkurrenz gegenüber den ausländischen Kapitalisten, durch überhöhte Ausbeutung — lange Arbeitszeit und Hungerlöhne — ihrer Lohnflächen zu behaupten, und auch noch zu einer Zeit, als ihnen längst zum Bewußtsein das englische Proletariat der kapitalistischen Ausbeutung Schranken zu setzen begonnen hätte!

Der Reichshaus wird mit allen dazu vorliegenden Anträgen dem Hauptausfluß überwiegen.

### Erste Beratung des Entwurfes einer Verfassung für Preußen.

Minister des Innern S u e r i n g: Mein Vorgänger hat sich mit Einführung seiner ganzen Kraft bemüht, geordnete Zustände auf freirechtlicher Grundlage zu schaffen. Diese Arbeit ist auch durch die vorliegende Verfassungsentwurf. Wenn über ihn auch nicht volle Einmütigkeit erzielt worden ist, so ist ein wertvolles Ergebnis erreicht worden. Der Entwurf soll eine Ergänzung sein, die den Wünschen der Preussische einen tätigen Unterstützung der Provinzen an der Staatserhaltung Rechnung trägt. Die Verfassung der juristisch-bürokratischen Sprache des Entwurfes besteht an Recht. Dafür sind allerdings die Begriffe klar gelegt. An der Spitze steht die Charakterisierung Preußens als Republik. Träger der Souveränität ist das Volk, kein Organ der Landtag, der aus einer Kammer besteht. Die Staatsregierung besteht aus drei Ministern. Von einem Staatspräsidenten steht der Entwurf ab. Das Wahlrecht beruht auf freier, demokratischer Grundlage. In

### Werbt neue Streiter für den Sozialismus.

Die proletarische Revolution schreitet stetig vorwärts. Immer weitere Kreise des Volkes werden von den sozialistischen Ideen erfaßt, unaufrichtig wächst die Macht des revolutionären Proletariats. Aber noch stehen große Schichten des Proletariats außerhalb des Kampfes, zum Teil noch im bürgerlichen oder rechtssozialistischen Lager. Sie zu gewinnen, muß jetzt unsere Aufgabe sein. Neue große und schwere Kämpfe stehen uns bevor, vor allem

### Reichstagswahlen

vor der 1. Mai. Im Wahlkampf wird der Kampf des Proletariats um den Sozialismus seine höchste Steigerung erfahren. Wollen wir als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, so gilt es jetzt neue Mitglieder für die Partei, neue Leser für das Volksblatt

zu gewinnen. Der letzte Proletarier muß unserer Organisation zugewandt werden, unsere Brevette muß überall verbreitet sein.

In den kommenden Tagen, besonders am Sonntag, den 2. Mai

muß in allen Orten des Bezirks eine rege Verberätigkeit entfaltet werden. Die Kreisvorstände und Ortsleitungen der Partei werden ersucht, sich mit den Gewerkschaftsleitungen in Verbindung zu setzen und gemeinsam mit ihnen die Vorbereitungen für diese Agitation zu treffen. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß auch Mitglied unserer Partei und Leser unserer Zeitung sein. Dafür zu sorgen ist Pflicht der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Die Organisation und die Leitung sind die schärfsten Waffen des Proletariats. Darum stärken wir sie! Werbt überall neue Kämpfer für die

### soziale Revolution.

### Die Geistleistung der U.S.P. Halle.

dem Finanzrat ist das retardierende Moment geschaffen gegenüber Reichsämtern von finanzieller Tragweite, eine zweite Kammer soll nicht sein. Da habe nicht ein Hindernis, sondern ein Geis zu fördern und stütze mit den Kreisen des Entwurfes behält in manden Punkten überein. (Dort, höri!) Heftigst erlingt es dem Aufsicht, schnelle und gute Arbeit zu leisten. (Beifall.) Abg. S a u s e h i l (Soz.): Die Verfassung würde schon längst den Ausdruck beidseitigen, wenn nicht durch den verberberischen Sapp-Dittmich-Buch über Vorlage verändert worden wäre. Die beste Antwort auf den Wunsch nach einer Verfassung sein die von B e i s e n den Geist der Volkssouveränität anmer. Der Generalstreik gegen den Rufsch war der glänzendste Sieg des republikanischen Gedankens über die Monarchie. Wir verlangen unmittelbare Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung durch den Volk s e n t e i d e. Wir misbilligen, daß der Vorschlag der Regierung das Recht der Landtagsauflösung gibt und verlangen, daß die Auflösung dem Präsidenten nach Zustimmung des Reichstages überlassen wird. Dem Finanzrat können wir entziehen ab. Abg. v. A r t e s (Soz.): Es bedarf nicht einer Verfassung noch vor den Neuwahlen erledigt werden. Entspricht sie überhaupt noch dem Willen und den Bedürfnissen des Staates? Wir sind überzeugte Monarchisten und verlangen, daß die schwarz-weißen Landesfarben für Preußen verfassungsmäßig festgelegt werden. (Beifall.) Der Finanzrat der Vorlage ist ein grundbissiges Eingebändnis der zweiten Kammer, fordert in der vorgeschlagenen Form aber klärende Kritik heraus.

### Abgeordneter Stoecker (Unabh. Soz.):

Wir brauchen die politische und wirtschaftliche Entwidlung Deutschlands. Daneben aber weitgehende Selbstverwaltung. Der Redner der Mehrheitssozialisten sprach viel von Demokratie, aber sehr wenig von Sozialismus. Sie (zu den Mehrheitssozialisten) sind eben keine Sozialisten mehr. (Beifall.) Keine Demokratie ist nicht weiter als Klassenberberheit. Es widerspricht aller geschichtlichen Erfahrung, daß man mit ihr zum Sozialismus gelangen konnte. Reichslandtag von Vorgeschichte haben ihre Ziele auch nur durch Diktatur erreicht und immer auf die Demokratie gerufen, wenn ihre Klasseninteressen auf dem Spiele standen. Gegenwärtig liegt die ganze Macht ja in den Händen der Reaktion. Ihre (zu den Soz.) Minister hängen ja in der Luft. Ein neuer Rufsch läßt sich nur durch die

### Renouveau der organisierten Arbeiterkräfte

beschleunigen, die mit den verberberischen Vorkommnissen aufzukommen muß. (Anstößlicher Lärm rechts.) Auch Marx hat die Demokratie für die Lebensgrundlage angesehen und die Diktatur des Proletariats gefordert. Auch durch das Schredenspende der Kreuztaten der Kaiser Arme wird die Arbeiterkraft sich nicht von der klaren Erkenntnis abhalten lassen, daß ihr als einziges Kampfmittel die proletarische Diktatur bleibt. Erfreulicherweise haben die Mehrheitssozialisten sich in der Frage des Finanzrates von Heine und Hirsch abgewandt. Lassen Sie sich nicht wieder von den bürgerlichen Parteien an die Wand drücken. (Auf rechts: Ah! Ah! Seiterlein.) Die vierjährige Legislaturperiode ist zu lang, wir fordern eine zwölfjährige. Der Sozialismus muß und wird marschieren. (Beifall h. u. D.) Denach verlegt sich das Haus am Dienstag 12 Uhr: Abstimmen über Groß-Berlin, Anträge Groß-Frankfurt (Soz.) und W. Doffmann (Unabh.) auf Einführung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag, Weiterberatung, Interpellationen — die Einwohnervoten. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus der Provinz.

### Die militärischen Gewalttaten in Bitterfeld

werden von der bürgerlichen Presse, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt, dafür aber von roher Unsympathie der Arbeiter und Mißbilligung der Reichswehrstrafboten gesprochen. In der Entstellung der Tatsachen beteiligt sich auch das U.S.P., das über die Vorgänge in Bitterfeld nach Informationen von „unabhängiger Seite“ folgenden Bericht zum besten gibt:

70 Umlauber der Brigade 16, die sich in einem dem fahrplanmäßigen Zug angehängten Waggon befanden, wurden auf dem Bahnhof Bitterfeld von Zivilpersonen in größter Weise beschimpft. Ein feindselig-amtlicher Wache von der Schutzmannschaft gebildet. Derselben stürzten die Zivilpersonen den Umlauberzug. Bei dem anschließenden Vorgehen gab es Auseinander auf beiden Seiten Verletzte.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichswehrstrafbot Peter Karl G e o r g e in seiner Aussage ausdrücklich erklärt, daß die Erzeugung der durch den vom Jäger Woblfahrt nach dem Arbeiterzug abgefeuerten Schuß enthalten ist. Vorher ist vielleicht der Ausdruck „Rohr“ gefallen, doch sind die von der bürgerlichen Presse kolportierten Beziehungen als Wutwahn und Watermorden erst angewandt worden, nachdem von Seiten der Schutzmannschaft die Arbeiter abgelehnt wurden. Eine gewisse Unsympathie hat sich wenigstens bei den Soldaten gezeigt, doch hat augst, daß sich der Jäger „Rohr“ gleich von einem Soldaten mit einem scharfen Schuß aus der Wüste gemurmelt wurde. Aus dem Bericht des R. A. geht hervor, daß drei Unteroffiziere den feindseligen Schritten beizutreten, indem sie mit vorgehaltenen Büchsen durch die Menge drangen. Darauf versuchten sie sogar einige Arbeiter „festzunehmen“, überwältigten einen Arbeiter und wollten ihn in ihr „Abteil“ mitnehmen. Welches Schicksal dem Arbeiter dort geschehen hätte, bedarf wohl keiner längeren Ausführung. Daher wurde der „Gejangen“ von den umstehenden Arbeitern wieder befreit, worauf die Unteroffiziere mehrere scharfe Schüsse abgaben, die den Arbeiter Otto Renke töteten und zwei andere verwundeten. Begreiflicherweise bemängelte sich jetzt der Arbeiterschaft eine große Erregung. Die Arbeiter verlangten die Freimache der Schuldigen, welchem Verlangen jedoch von den Führern der Reichswehrabteilung nicht entsprochen wurde. Darauf wurde die Entwaffnung der Reichswehr vorgenommen, und die Dinge entwickelten sich in der schon gestern von uns berichteten Form.

Überhauptig Söring hat angeordnet, daß die beiden in Bitterfeld inhaftierten Wädelsträger der Militärärzte weiter in Ost zu behalten sind, ferner hat er sich mit einem ringsumher Bericht an das Reichswehrministerium gewandt und die Reichswehr in Bitterfeld befindlichen Truppenteile karettiert. Die nämlichen Soldaten bei ihrer Vernehmung angaben, liegen in den Kellern von Bitterberg Waffen und Munition, alle Arten von Revolvern in Massen usw. Keiner denkt daran, das Waffenverbot auf Umlauberzügen zu beachten; jeder nehme sich, was ihm gefalle. Ähnliche Zustände herrschen im Bereich der ganzen Reichswehrbrigade 16.

In Bitterfeld ist nach Verhaftung der Schuldigen sofort Ruhe eingetreten. Von einer Arbeiterberberheit in Bitterfeld zu reden, blieb der „Halleischen Zeitung“ vorbehalten, die eine solche in reifigen Leitern in ihrer Monatsausgabe anfindigt und in wüsten Verzerrungen die militärischen Ausrichtungen rechtfertigt und verständlich findet. „Daß ein Soldat die Werkstätten nicht achtet.“ Der Kommentar dieses desnationalen Blattes ist im bekannten Sapp-Dittmich-Stil gehalten; er preist die Disziplin, die „als große Lieberkommen aus besseren Zeiten auch auf die letzten Truppen übertragen ist“ und nennt die Verberbung uninformierter Verberber einen „Lohn auf jede Staatsordnung“. Trotz dieser eigenartigen Auffassung von der Staatsordnung, die nach dem Wunsch des genannten Prekretentis den Schutzgarden der Vorkriegszeit das Recht auf unverantwortliches Niederfallen von Arbeitern zugehören wird, gibt es doch noch Menschen, die sich ein besseres Empfinden bewahrt haben und die die exemplarische Strafung der mordlüsternen Landesherrschaft fordern. Diese Forderung erhebt in erster Linie die organisierte Arbeiterschaft, aber sogar das demokratische Preussische Tageblatt verlangt, daß „gegen die Schuldigen mit aller Strenge vorgegangen werden muß“.

Über die Person des getöteten Arbeiters Otto Renke erfahren wir noch, daß er bei einer Bitterfelder Waisenkasse beschäftigt war, in Eilenburg, Bergstraße 72, wohnte und 29. Wochende nach Eilenburg zu seiner Familie fahren wollte. Auf dem Bahnhof sein Nachmittagsgebot unterschrieb, hat ihn die tägliche Angst des feigen Wädelers getroffen. Die feindliche Hand hat ein Ziel gesetzt, und mit ein Mann von 28 Jahren; eine junge Frau trauert um ihren Ehegatten.

**Wieslitz. Volksblattabkommen!** Dem 1. Mai übermitteln Genosse Laack (Kleinwittenberg, Zeilauerstraße 30) die Expedition des Volksblattes. Zu mit dem gleichen Tage auch unter dem Austragpersonal einige Veränderungen stattfinden, wird gebeten, jede Veränderung in der Zustellung sofort bei Genosse Laack zu melden, hat auch der Vertrieb des Volksblattes und die Produktion übernehmen. Ein „K o m m u n i k a t i o n“ für die Volkskräfte steht auch hier ein. Die Arbeiterausstellung (schemen gewissen Berufsständen) immer im Wagen zu liegen, deshalb möchte man durch frische Vorratsabgabe die Schiffe wieder sammeln. Sogar unteren Genossen hat man Einladungen zu den in Wittenberg stattfindenden Vorträgen angestellt, die noch nicht bereit sind, am vergangenen Freitag zum erstenmal in dem neuenerichteten Sitzungssaal abgehalten. Von den auf der Tagesordnung stehenden 20 Punkten sind die folgenden bemerkenswert. Die Verammlung stimmte einer neuen Kulturarbeitstheorieordnung zu. Der Sportplatz wurde dem Verein für Bewegungsspiele für weitere sechs Jahre zur freien Benutzung überlassen. Die Entwidlung der Arbeiter für den Unterricht an den gewerblichen Fortbildungsschulen wurde auf 2000 M. festgesetzt, während die gewerblichen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für die städtischen Angehörigen sind vom Magistrat so schnell zu erledigen, daß der Entwurf spätestens in 14 Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung vorgelegt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die städtischen Religionsunterstützung an der Volkskirche wurde abgelehnt, dagegen die Erklärung der geforderten Entwidlungen für die Aufnahme der amtlichen Veranmeldungen in den beiden Religionen angenommen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Vergebung der vier Wohnungen in der städtischen Baracke. Der Preispreis wurde schließlich auf 500 M. für jede Wohnung festgesetzt. Die Arbeiter der U.S.P. haben sich für die Vergebung der vier Mietwohnungen mit 1000 M. für jede Wohnung ausgesprochen. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach die städtischen Arbeiter vorläufig einen Stundenlohn von 2 M. erhalten sollen. Zu diesem Punkt wurde einem Antrag unterer Genossen zugestimmt, welcher behauptet: Die Vorarbeiten zu einer neuen Verfassung für



